



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

19.11.1936 (Nr. 322)

Anzeigen-Grundpreise: Die 22-mm-Zeile im Anzeigenteil 12 Pf., die 70-mm-Zeile im Textteil 75 Pf.
Gemäßigte Grundpreise für kleine Familien-Anzeigen u. a.) sowie sonstige Bedingungen Preis-
 liste 6 (Nachschlagetafel C). Für Anzeigen durch Fernsprecher keine Gebühr. Annahmeschluß 16 Uhr.
Sprechzeit: Verlag werktäglich 12-13 Uhr; Schriftleitung Dienstag und Freitag 12½-13½ Uhr.

Einzelpreis 15 Rpf.

Ein neues Spanien

Unser Tagesspiegel

mehr die Rede sein kann, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Regierung des Generals Franco anzuerkennen und zum Aufnahm der diplomatischen Beziehungen einen Geschäftsträger bei ihr zu bestellen. Der neue deutsche Geschäftsträger wird sich alsbald an den Sitz der Regierung des Generals Franco begeben. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin auf eigenen Entschluß bereits Anfang November verlassen.

Die Anerkennung der spanischen Nationalregierung des Generals Franco durch Deutschland stellt eine logische Schlüsselfrage aus der inwärtigen in Spanien eingetretenen Lage dar. Man weiß, daß die spanische Regierung, die sich nach dem politischen Scheitern der republikanischen Bewegung in sämtlichen Großstädten — von Sowjetrußland abgesehen — schon vor Wochen gezwungen hat, ihre Missionen in den unmitteibarsten Schlüsselstädten ihrer nordamerikanischen Welt zu beenden, sich in der Lage befindet, damit sich von allen diesen Mächten, deren Sympathien heute noch in dem einen oder anderen Falle aus feiten der spanischen „Einkreislerung“ stehen mögen, anerkennen zu lassen. Diese Anerkennung ist für sich selbst zwar nicht mehr ausreichend, auch nur annähernd die Sicherheit der ausländischen Geländekräfte und Postkassen zu garantieren. Aber auch die diplomatischen Beziehungen werden sich in der Folgezeit der Anerkennung haben der Tatsache größtenteils Rechnung getragen. So hat der Botschafter der spa-

[illegible]

Auch Italien . . .

Am 18. November.
 Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat die
 sardinische Regierung beschlossen, die Regierung
 des Generals Franco anzuerkennen und einen Ge-
 schäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen
 Beziehungen zu entsenden. Der Geschäftsträger
 wird sich sofort nach Spanien begeben. Die gegen-
 wärtige diplomatische Vertretung Italiens ist ab-
 berufen worden. (Siehe auch Seite 2)

A black and white photograph taken from the deck of a ship, looking out over a body of water towards a distant, hilly coastline. A large flag with a prominent Swastika symbol is flying from the ship's mast in the foreground. The coastline in the background features a prominent hill or fortification.

Mit Panzerschiff „Deutschland“ auf der Wacht in spanischen Gewässern. Englischer Zerstörer passiert die „Deutschland“ von Alicante. Alicante war bisher Sitz der deutschen Botschaft, die so unter unmittelbarem Schutz unserer Kriegsschiffe stand. [Presse-Illustr. Hoffmann]

Der Leiter der österreichischen Außenpolitik über den Zweck seiner Besprechungen mit der Reichsregierung

Wien, 18. November.
Der österreichische Staatssekretär des
Außenen, Dr. Guido Schmidt, ist Mittwoch
abend zusammen mit dem deutschen Bot-
schafter von Vapen mit dem fahrplanmäßi-
gen Zug um 19.05 Uhr vom Wiener West-
bahnhof nach Berlin abgereist.

In Begleitung des Staatssekretärs befinden sich der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenministeriums, Gesandter Widner, der Leiter der Abteilung für Mitteleuropa-Geschäfte, Hofinger, ferner die Legationssekretäre Widmann und Schmedt-Löwenthal. Der Direktor der amtlichen Nachrichtenstelle Hofrat Weber macht im gleichen Zuge ebenfalls die Fahrt nach Berlin mit.

Vor seiner Abreise nach Deutschland gewährte der Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Guido Schmidt dem Wiener Vertreter des deutschen Nachrichtenbüros eine Unterredung, in der er u. a. erklärte: Ich möchte die Gelegenheit dieser Unterredung benützen, um der deutschen Reichsregierung meinen Dank für die am mich gerichtete Einladung auszusprechen, in der ich ein erfreuliches Symptom für das angeheftete vertrauensvolle Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten erblicke. Gleichwohl kann ich auch die Versicherung geben, daß ich mich, indem ich der freundschaftlichen Einladung folge, als Vole betrachte, um auch unserer Begehrtnahme über Ausbau und Vertiefung der bestehenden guten Beziehungen Ausdruck zu verleihen.

Diese Fühlungsnahme mit dem benachbarten
Vaterlande des Elbes und des Weßlers ver-
bundenen Deutschen Reichs namens des zwi-
schen beiden Staaten aufzunehmen zu können, er-
laube ich mir um so größere Freude, als ich gleich-
zeitig zu können, mit welcher Anteilnahme
dieses und jenseits unserer gemeinsamen
Staatsgrenze diese ihre Begegnung nach Jahre-
zehnter langer Bruderszeit verfolgt wird. Es
beinge mit meinem Wunsche die Größe und Wä-
re der österreichischen Regierung für die Be-
gegnung des Deutschen Reiches sowie die Gesun-
dung Österreichs über die Wiederherstellung
der naturgegebenen Beziehungen seit dem hiesi-
gen Tage, des 1. Juli, um Ausdruck.

Freilich wird Politik nicht durch das Gefühl gemacht. Die Tage in Berlin sind darum nach sorgfältiger Vorbereitung der gründlichen Verhandlung aller zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen gewidmet. Es gilt Hinde- nisse zu beseitigen, die sich in den letzten Jahren geknüpft haben, die Wege wieder frei zu machen, Reibungsflächen auf das Unvermeidliche

zu beschränken, die Grenzlinie gemeinnützige Kulturarbeit auf dem Gebiete des Wissens, der Wissenschaft, der Kunst und des Theaters des Films also abzustufen, die alten Beziehungen nach Unzufriedenheit wiederanzufassen und ein Forum zu finden, durch die der Kulturanstaltenhang elastisch, aber fester wirksam gemacht wird. Die Furtz nach dem 11. Juli angebahnten Wirtschaftens- und Dienstverhandlungen sollen intensiver weitergeführt werden, um so zu einer möglichst großen Erweiterung des Wirtschaftsverkehrs zu gelangen.

Durch den Mund seines Führers hat Deutschland immer wieder seinen Ruf nach Erhaltung und Stärkung des Friedens befunden. Aber glauben dieser Versicherung, glauben an den weisen Willen der deutschen Regierung, mit friedlichen Mitteln im Wechselspiel der ideellen und materiellen Interessen zu bestehen. Da jede Vertiefung internationaler Zusammenarbeit einen Schritt weiter auf dem Wege friedlicher Entfaltung bedeutet, glaube ich, daß mein Besuch in Berlin liberal dort Beifall finden wird, wo der christliche Friede, Frieden und Eintracht zu halten ist.

Seit Jahren fand kein österreichischer Staatsmann mehr den Weg nach Berlin. Der österreichische Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Guido Schmidt, ist daher nach dieser Pause der erste Vertreter der Bundesregierung, der in der Reichshauptstadt wie-

der begrüßt werden kann, Dr. Schmidt geht zur „jungen Generation“ europäischer Politiker. Er befand seine Gewerbe in der großen Politik bei der Ausarbeitung des deutsch-französischen Abkommens vom 1. März 1925, dessen Inhalt er in den Hofen des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten berufen wurde. Dieses Abkommen, das in Anerkennung der französischen Revolution die Einheit der Gemeinschaft Deutschlands und Frankreichs die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern wieder normalisierte, ist ebenfalls unter der tatkräftigen Mitarbeit Dr. Schmidts zu Stande gekommen. Die Stellungnahme gleichzeitig die Länders betonte, er bei den Berliner Besprechungen um nicht weniger als den Ausbau des deutsch-französischen Abkommens vor

Der österreichische Staatsmann darf überzeugt sein, in Deutschland eine herzliche Aufnahme zu finden, begleitet von dem Verständnis für die Erfordernisse seines Landes und von der Erkenntnis für die Fülle der Arbeit, die das Abkommen vom 11. Juli nach sich zieht, die aber gemeistert werden wird auf dem Boden der völkischen Gemeinschaft, die schon die Grundlage der letzten Abmachungen bildete.

Ein letztes Schreiben Salengros zu den Vorwürfen der Opposition

(Eigener Drahtbericht der „Bremer Zeitung“)

Paris, 18. November.

der zöphische Innenminister Salengro seinem Vorgesetzten durch Selbstmord ein Ende gemacht hat. Als Bürgermeister der Stadt Biele hatte er am Dienstag nachmittag noch Besprechungen über die Ausgestaltung der Biele Hasenloeserei, arbeitete dann auf der Bürgermeisterei und begab sich von dort in seine Wohnung. Hier wurde er am Mittwoch vormittag von seiner Haushälterin in der Küche bei seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich durch Gas, das in den Rachen gesaugen wurde, das Leben genommen.

Auf den offiziellen Gebäuden Frankreichs wehen die Flaggen halbmast, auch über der Kammer, w

Journalisten Kämpfer in vorderster Linie

Reichspresseschef Dr. Dietrich über die Verbundenheit der faschistischen und der nationalsozialistischen Presse

Am 18. November.
Zu Ehren des Reichspräsidenten Dr. Dietrich und der Abordnung der nationalsozialistischen Reichspräsidenten, die Mittwochs in Rom eintrafen, veranstaltete der italienische Journalistenverein am Festsaal seines Verbandsheuses ein Essen, zu dem auch leitende Beamte des italienischen Antikommunismus und des Preß- und Propagandaministeriums geladen waren. Die Veranstaltung wurde von Herrn Dr. Giovanni Cossiga, dem italienischen Reichspräsidenten, eröffnet. Der Festsaal war mit einer reichhaltigen Verköstigung versehen, und die in den feierlichsten Umständen überaus zum Ausdruck kam.

[illegible]

Die Zersplitterung kommt dem Befehl aber auch zu Gute. Die Zersplitterung ist die Voraussetzung, das die Demokratie der Welt zu sein, sich stellen kann. Die parlamentarische Demokratie ist eine falsch verstandene Demokratie das Verantwortungsbegriff der ersten demokratischen Demokratie ist nicht der Demokratie der zweiten Demokratie. Die Demokratie der zweiten Demokratie ist nicht in der ersten Zeit, sondern in der unmittelbaren Verbindung mit dem Leben der Nation liegt.

Genossenschaftler

„So seiner Frau im Mai 1935, dann aber auch durch verschiedene Todesfälle, die sich furlich in unserer Familie ereignet haben. Sein Gesundheitszustand hat sich in der letzten Zeit noch verschlechtert. Der allgemeine Eigenwille jedoch, der letztlich gegen ihn unternommen wurde, hat ihn verzwelfen lassen, obgleich nichts davon ubriggeblieben ist. Er hat sich das Leben genommen.“

